

4. Dezember 2016: Tagesseminar mit **Herwig Duschek** in Satyagraha (S):

Rudolf Steiners "Philosophie der Freiheit"(III)¹ (Ab 15:30 Weihnachtsfeier)

Herwig Duschek, 3. 12. 2016 www.gralsmacht.eu www.gralsmacht.com

2199. Artikel zu den Zeitereignissen

Flüchtlings-Programm und rechtsfreie Räume, Teil 278

Christian Jung und Torsten Groß "Der Linksstaat" (13) – Illegales Gebaren – Buschmüller – JFF – AfD

Christian Jung und Torsten Groß schreiben weiter in ihrem Buch *Der Links-Staat*:²

Speziell Andreasch³ fertigt massenweise Porträtaufnahmen von Teilnehmern jener Versammlungen an, die der Stadtpitze so gar nicht behagen. Dabei rückt Andreasch den Betroffenen zur Verstärkung der Einschüchterungstaktik ganz nahe. Einige Erkenntnisse, die a.i.d.a. – zum Teil äußerst oberflächlich – recherchiert, werden dann auf der eigenen Internetseite des Vereins veröffentlicht.

Da wird dann schon mal ein Foto einer Person mit dem falschen Namen einer allerdings real existierenden Person versehen. Oder es wird eine Person als Demonstrant bei einer Versammlung beschrieben, ohne dass der vermeintlich Protestierende anwesend gewesen wäre. Kein Wunder, vermeidet a.i.d.a. nach unserer Beobachtung, die von mehreren Betroffenen bestätigt wird, doch jegliche Nachfrage bei den Opfern dieser Nachstellungen.

Nicht viel weniger brisant dürften jedoch die nicht veröffentlichten Daten und »Erkenntnisse« sein. Denn die wandern ins Archiv, das seit knapp 25 Jahren anwächst – und das nur denjenigen zugänglich ist, denen der Verein Zutritt gewährt. Wer allerdings die Daten sammelt, ob nun die Fachstelle gegen Rechtsextremismus im Rathaus oder die Fachinformationsstelle Rechtsextremismus, die in den Räumen von a.i.d.a. in der HansasträÙe residiert, ist dabei völlig unerheblich. Das Vorgehen bleibt rechtswidrig.

Denn mit dem, was der Stadt rechtlich nicht möglich ist, darf sie auch keinen Dritten beauftragen, der, wie die Verwaltungsjuristen sagen, zum Verwaltungshelfer wird. Ähnlich wie das Abschleppunternehmen, das im Auftrag der Stadt Autos aus der Parkverbotszone bringt, wird auch der »antifaschistische« Verein für die Stadt tätig. Nur sammelt er in einer Weise Daten über die Münchner Bürger, die die Kommune selbst nicht aufzeichnen dürfte. Ansonsten wäre jede rechtliche Beschränkung der Verwaltung durch Beauftragung (scheinbar privater) Dritter zu unterlaufen.

¹ <http://www.gralsmacht.eu/termine/>

² S. 56-60, Kopp 2016

³ Siehe Artikel 2198 (S. 4)

Rechtliche Grundlagen, das Grundgesetz und Bürgerrechte spielen jedoch ganz offenkundig keine Rolle, wenn sich der Kampf gegen »Rechts« richtet. Rechts ist demnach wohl gleich rechtsextrem.

Das Gebaren des Netzwerkes ist allerdings nicht nur von den fehlenden gesetzlichen Grundlagen her illegal. Das gilt auch für das sonstige Agieren des Netzwerkes. Denn das mit öffentlichen Geldern finanzierte Netzwerk macht im Sinne von Werbung auch auf Veranstaltungen aufmerksam wie auf die folgende:

»PEGIDA und AfD – gehört der Rassismus zu Deutschland? Informations- und Diskussionsveranstaltung mit Dr. Gerd Wiegel, Referent für Antifaschismus und Rassismus der Linken-Bundestagsfraktion«.

Die Veranstaltung fand sich aber nicht nur auf der Internetseite 089 gegen Rechts, die mittlerweile nicht mehr existent ist und stattdessen in die Internetseite des Feierwerks integriert wurde – die Veranstaltung fand sich auch auf der Facebook-Seite der Linken.⁴

Mit der Chancengleichheit der Parteien ist – im wahrsten Sinne des Wortes – parteiisches Verhalten nicht vereinbar. Diese Vorgabe als Ausfluss des Art. 21 des Grundgesetzes ist indes aus Sicht des Bundesverfassungsgerichts eine Säule des demokratischen Rechtsstaates. Wer sich gegen diese wende, müsse zu jenen Extremisten gezählt werden, die die freiheitliche demokratische Grundordnung unterhöheln und überwinden wollten.

Von so viel Einsatz gegen die politische Konkurrenz durch a.i.d.a. ist man im Rathaus augenscheinlich derart begeistert, dass man Buschmüller mit dem Orden »München leuchtet« ausgezeichnet hat (s.u.).⁵ Zur Begründung heißt es auf der Internetseite der Landeshauptstadt München: »Buschmüller baute [...] die Antifa-Arbeit in München und a.i.d.a. mit auf.«



(München leuchtet für Marcus Buschmüller⁶)

⁴ Unter Anmerkung 42 steht: <https://www.facebook.com/events/1407539732881673/>.

⁵ Unter Anmerkung 43 steht:

<https://www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Direktorium/Ehrungen/Muenchen-leuchtet/Archiv2016/buschmueller.html>

⁶ Ebenda

Auch in dieser Begründung wird deutlich, dass zwischen a.i.d.a. und firm letztlich nicht zu trennen ist:

»Seit 2009 leitet Buschmüller auch die Fachinformationsstelle Rechtsextremismus in München (firm). Sie ist Teil des kommunalen Netzwerks gegen Rechtsextremismus und liefert Verwaltung, Politik, Initiativen und Projekten in enger Kooperation mit a.i.d.a. Informationen über extrem rechte Entwicklungen in der Stadt.« Die vermutlich kleinste Kooperationseinheit der Welt, Marcus Buschmüller, konnte durch den Ausbau des Münchner Netzwerks gegen Rechts seine Arbeitsstelle in einem Reisebüro aufgeben, denn nun macht die Landeshauptstadt es möglich, dass er seiner »Antifa-Arbeit« ganztags nachgeht.«⁷

Dennoch heißt es in der veröffentlichten Laudatio:

»Sein uneigennütziges Engagement ist außerordentlich wertvoll für die Münchner Stadtgesellschaft.«

Die Enge der Kooperation zwischen Rathaus und der Antifa wird ebenfalls herausgestellt:

»Diese Informationen sind auch eine wichtige Grundlage für die Arbeit der direkt dem Oberbürgermeister unterstellten Fachstelle für Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit und der Stelle für politische Jugendbildung mit dem Schwerpunkt Rechtsextremismus im Stadtjugendamt.«

Dem Netzwerk 089 gegen Rechts gehören aber nicht nur die genannten Stellen und Vereine, sondern laut dem mittlerweile abgeschalteten Internetauftritt auch folgende Behörden an: Referat für Arbeit und Wirtschaft, Kommunale Abteilung Beschäftigungspolitik und Qualifizierung, Schul- und Kultusreferat Pädagogisches Institut, beim Sozialreferat/Stadtjugendamt die Abteilungen Jugendsozialarbeit (s.o.) sowie Kultur und Bildung. Aber auch ein Eigenbetrieb der Stadt gehört dazu: Das Ausbildungszentrum der Stadtwerke München ist ebenfalls Teil des Netzwerks.

Die Stadtwerke tauchen auch an anderer Stelle auf. Wenn es darum geht, Institutionen, die ebenfalls dem Netzwerk gegen Rechts angehören, zu finanzieren, sind auch die Stadtwerke zur Stelle. So weist der dem Netzwerk angehörende Verein Jugend Film Fernsehen (JFF) (s.u.) auf seiner Internetseite für das Jahr 2012 als Förderer die Stadtwerke sowie auch die Stadtparkasse München aus. Aber auch die Stadt München selbst, die Stadt Augsburg, die Bayerische Staatsregierung und viele, viele mehr finden sich unter den »Förderern«.⁸



⁷ Unter Anmerkung 44 steht: <http://www.sueddeutsche.de/muenchen/antifaschistisches-archiv-aida-recherchen-auf-freier-wildbahn-sind-gefaehrlich-1.2328586-2>

⁸ Unter Anmerkung 45 steht: <http://www.jff.de/jff/ueber-uns/partner-foerderer/finanziers-und-spender/>

Die Ludwig-Maximilians-Universität (s.u.) ist laut dem o.g. Internetauftritt des Netzwerks gegen Rechts auch mit von der Partie.



(Ludwig-Maximilians-Universität in München⁹)

In diesem Netzwerk sind diese Organisationen und noch weitere zusammengeschlossen und tauschen ohne jede öffentliche Kontrolle Informationen aus, die Bürger betreffen, die sich in einer Weise äußern, die der Münchner Stadtspitze nicht behagt. Verhältnisse, die mit einem Rechtsstaat nicht mehr viel gemein haben.

Aber dafür bleibt der »Antifaschismus Chefsache«, wie Dieter Reiter (s.re.) in seiner Antrittsrede zur Amtseinführung im Mai 2014 wörtlich erklärte.¹⁰

(Re: Amtsantrittsrede von Oberbürgermeister Dieter Reiter¹¹)



Daher bleibt es auch unter der Ägide Reiters bei der Zusammenarbeit zwischen der Stadtverwaltung und der Antifa, die bereits unter seinem Vorgänger Christian Ude etabliert worden war. Diese enge Kooperation der politischen Akteure könnte man zwar aufgrund der Faktenlage schon herleiten, doch ist dies allein durch die Darstellung aus dem Rathaus selbst ein nacktes Faktum. So erklärte Miriam Heigl¹² (s.u.) im März 2016 in BR alpha (Hervorhebung durch die Autoren):

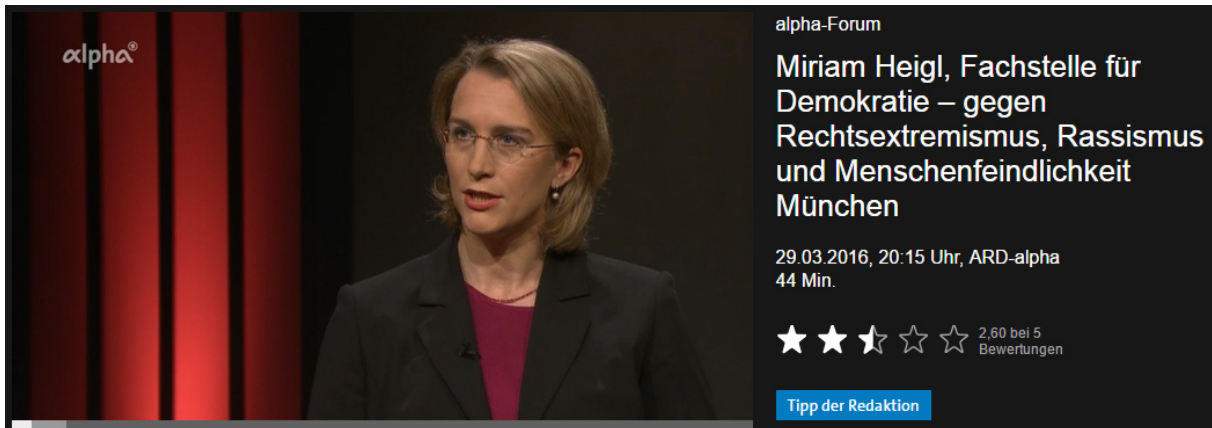
»Wir haben ein gesellschaftliches Netzwerk in der Landeshauptstadt, das ist einfach unheimlich breit. Und das erlaubt mir eben auch, mit Kultureinrichtungen zu kooperieren, mit den Kirchen, mit den Sportvereinen, mit der Antifa, mit allen möglichen. Das ist natürlich was unheimlich Schönes.«⁴⁷

⁹ http://www.kunstareal.de/fileadmin/_processed_/8/0/csm_LMU_HGB_Lehrturm_e90dc5d08b.jpg

¹⁰ Unter Anmerkung 46 steht: <https://www.youtube.com/watch?v=6WSGF4fSY8Q>

¹¹ <https://www.youtube.com/watch?v=6WSGF4fSY8Q>

¹² Unter Anmerkung 47 steht: http://www.br.de/mediathek/video/sendungen/alpha-forum/miriam-heigl-fachstelle-fuer-demokratie-gegen-rechtsextremismus-rassismus-und-menschenf_x-100.html



(http://www.br.de/mediathek/video/sendungen/alpha-forum/miriam-heigl-fachstelle-fuer-demokratie-gegen-rechtsextremismus-rassismus-und-menschenf_x-100.html)

Auf den Einwurf des Moderators, man ziehe da wohl nicht nur gemeinsam an einem Strang, sondern auch noch in die gleiche Richtung, bestätigte Heigl das ausdrücklich.

Andreasch (s.o.) nimmt als Mitarbeiter des Vereins a.i.d.a. an Mobilisierungsveranstaltungen der Antifa teil, bei denen es unter anderem um die Blockade von AfD-Veranstaltungen geht. Dazu hält er etwa auch Vorträge bei der Antifa-NT, die durch den Verfassungsschutz beobachtet wird. Dies ist freilich kein Grund für die Stadt, die Zusammenarbeit mit a.i.d.a. aufzukündigen.

Warum auch? Schließlich wird Antifa-NT ebenfalls durch die Stadt München unterstützt, wie wir im Kapitel über das Kafe Marat noch sehen werden. In der Folge dieser »antifaschistischen Tätigkeiten«, die sich selbstverständlich auch gegen die AfD und ihre Anhänger richten, geschieht genau das, wovor das Bundesverfassungsgericht warnt: Die Bürger wollen sich angesichts einer solchen Erfassung nicht beteiligen.

Nicht nur die AfD berichtet davon, dass ihre Veranstaltungen gemieden werden. Vertretern der Partei wird auch berichtet, man nehme lieber an der Gegendemonstration teil. Dadurch werde man durch die Antifa nicht erfasst und könne oftmals auch die Reden verfolgen (falls diese nicht durch ein Pfeifkonzert übertönt werden).

Solche Erfahrungen machte auch Patrick Samborski. Als er in München für ein Bürgerbegehren seine Unterschrift leistet, in dem der Stadt die Unterstützung eines Islamzentrums durch die Wahlberechtigten verboten werden soll, wird er von vielen Antifa-Fotografen erfasst.¹³ Weil er auch noch in der Partei der Vernunft (eine libertäre Partei) aktiv ist, wird er immer wieder angesprochen. Ihm wird bedeutet, man wisse, was er macht und wo man ihn finden könne.

(Fortsetzung folgt.)

¹³ Unter Anmerkung 48 steht: Vgl. Kopp-Dokumentation *Der Links-Staat – Die Kommunalen Netzwerke*.